

Das bürgerliche Fünfer-Ticket ist angerichtet



Seit es den Bündner Gewerbeverband gibt – das sind immerhin 118 Jahre – steht er für eine rein bürgerliche Regierung in Graubünden ein. Bis vor 20 Jahren war das Resultat fast immer überzeugend. Seither stockt es in der Erfolgsbilanz. Bringt 2018 die Wende?

Schlecht wären die Voraussetzungen nicht. Unter – neuerdings wieder – sieben Kandidaten stehen fünf bürgerliche zur Auswahl. Das nicht nur vom Gewerbeverband, sondern auch von der Handelskammer und Hotellerieuisse Graubünden unterstützte Fünfer-Ticket müsste theoretisch gute Chancen haben. **Mario Cavigelli, Jon Domenic Parolini, Christian Rathgeb und die neuen Marcus Caduff und Walter Schlegel sind bürgernah, wirtschaftsfreundlich, führungserfahren und lösungsorientiert.** Sie gehören nicht zur Klasse der Etatisten, sondern stehen für einen Staat auf liberaler Grundordnung ein. Die beiden anderen Kandidaten verfolgen Ideologien, bei denen die Wirtschaftsfreundlichkeit nicht an vorderster Stelle steht. Sie sind deshalb nicht bössere Menschen und mögen durchaus auch sympathisch sein. Das ist nicht das Thema. In der Politik geht es darum, Mehrheiten zu schaffen. Und obwohl die bürgerlichen Parteien in Graubünden alle mehr oder weniger auf dem gleichen Marktplatz agieren und der sozialen Marktwirtschaft mit möglichst viel Eigenverantwortung das Wort reden, können und wollen sie nicht zusammen einen gemeinsamen Wahlkampf führen. Sie bekämpfen sich, um eigene Positionen zu halten oder zu verbessern. Die letzten Jahre war dies die Chance der SP, die so kaum um ihren Sitz fürchten musste.

Wirtschaftsverbänden geht es nicht um die Frage, welche bürgerliche Partei wie viele Sitze gewinnt oder verliert. Sie stellen sich die Frage, wer für die Wirtschaft und damit für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung im Kanton einsteht. Und sie wittern deshalb bei den Wahlen 2018 Morgenluft. Eine bürgerliche Regierung geht die Herausforderungen, auf die der Wirtschaftsstandort Graubünden zugeht, differenzierter an. Fortschritt bedeutet für eine bürgerliche Regierung nicht reine Umverteilung, sondern optimale Rahmenbedingungen für unternehmerische Leistungen, damit Arbeitsplätze gehalten und geschaffen werden. Eine bürgerliche Regierung ist nicht asozial, weil die dahinter stehenden Personen nicht weniger sozial sind als die, die sich dies auf die Fahne schreiben. Dass aber eine bürgerliche Regierung gewählt werden kann, setzt voraus, dass diejenigen, die einen Nutzen daraus ziehen, an die Urne gehen und sie auch wählen. Darum liebe Gewerblinnen und Gewerbler, **lassen Sie den 10. Juni nicht vorbeigehen, ohne gewählt zu haben. Wählen Sie die fünf bürgerlichen Kandidaten in die Regierung** und machen Sie das Gleiche aus den gleichen Gründen bei den Kreiswahlen. **Wählen Sie bürgerliche Kandidatinnen und Kandidaten in Ihrem Kreis in den Grossen Rat.** Zu Ihrem eigenen Vorteil!

Jürg Michel, Direktor



«Sechs auf einen Streich»

In einer öffentlichen Diskussion massen sich alle sechs zur Wahl stehenden Regierungsräte unter dem Titel «Sechs auf einen Streich». Themen waren die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons, aber auch die Preisabsprachen im Baugewerbe im Unterengadin.

Mi. Die von der Eidgenössischen Wettbewerbskommission (Weko) aufgedeckten Preisabsprachen waren an der Podiumsdiskussion, die unmittelbar nach der DV stattfand und der gesamten Bevölkerung offenstand, ein wichtiges Thema. Die drei amtierenden Regierungsräte Mario Cavigelli, Jon Domenic Parolini und Christian Rathgeb stellten sich den Fragen des Podiumsleiters Jürg Michel. Regierungsratspräsident Mario Cavigelli hatte nach den jahrelangen Abklärungen der Weko zwar erwartet, dass es zum grossen Knall kommen könnte. Dass er dann dermassen laut war, hat ihn aber dennoch «schockiert und verärgert», wie er es formulierte. Cavigelli erwartete von den überführten Baumeis-

tern zumindest eine Entschuldigung. Eine solche im Sinne «mea culpa» sei bisher aber leider nicht zu hören gewesen. (Was die Baumeister an ihrer zwei Tage später durchgeführten Generalversammlung in Laax nachholten.)

Ausmass unterschätzt

«Konsterniert von der Entwicklung» zeigte sich Volkswirtschaftsdirektor Jon Domenic Parolini, der seinerzeit als Präsident der

Christian Rathgeb

«In Cazis werden wir in einer Region attraktive Arbeitsplätze schaffen.»

Gemeinde Scuol in den Fall einbezogen wurde, die tatsächliche Dimension aber in keiner Art und Weise wahrnahm. Er habe nicht erwartet, dass die Entwicklung rund um den Bauskandal «kein solches Ausmass annimmt». Die Preisabsprachen bezeich-

nete er als «inakzeptabel». Und Sicherheitsdirektor Christian Rathgeb stellte klar, dass der umstrittene Polizeieinsatz bei der Einweisung des Informanten in eine psychiatrische Klinik nicht im Zusammenhang mit dem Bauskandal stehe. Weiter wollte er sich nicht dazu äussern, weil dazu eine Untersuchung läuft.

Cavigelli, Rathgeb und Parolini parieren die Kritik

Die heftige Kritik an der Teilrevision des in die Vernehmlassung gegebenen Energiegesetzes – «wie kann eine bürgerliche Regierung so etwas Grauenhaftes vorschlagen» – konterte Cavigelli, indem er die bundesrechtlichen Vorgaben zur Energiestrategie 2050 als massgebend betrachtete. Die Kantone hätten darum die Mustervorschriften für den Energiebereich der Gebäude (MuKE) erlassen, um auch nur annähernd die hohen Ziele zu erreichen, die der Bund anstrebe. Richtig sei allerdings, dass diese Vorschriften nicht verbindlich seien für die Kantone, und so gäbe es in den Kantonen



«Viel Glück bei den Wahlen» mit einem handgefertigten Schoggihufoisen: Peter Peyer, Marcus Caduff, Walter Schlegel, Mario Cavigelli, Christian Rathgeb, Jon Domenic Parolini (v.l., Bildmitte Podiumsleiter Jürg Michel).



Die Talente der Regierungskandidaten

An der Podiumsdiskussion wurde auch viel gelacht, oder, wie ein Besucher meinte, «endlich wieder einmal eine Diskussion mit Regierungsräten, bei der man nicht einzuschlafen drohte». Grund dafür wird vor allem das Speed-Dating für Politiker gewesen sein. Anstelle einer offiziellen Vorstellung der Kandidaten («hier im Saal sitzen nur Profis, die alle Kandidaten kennen, da muss man nicht sagen, was schon alle wissen», so Moderator Jürg Michel) mussten sich die Kandidaten auf ein Speed-Dating für Politiker einlassen. Der Moderator hatte ein paar kurz und spontan zu beantwortende Fragen vorbereitet und einen Talenttest durchgeführt, bei dem jeder Kandidat mit einer Zahl von 1 (trifft gar nicht zu) bis 10 (trifft sehr zu) seine eigene Einschätzung über sich selber beantworten musste. So gab sich Rathgeb als Schauspieler eine 6 bis 7, als Koch eine Null. Mario Cavigelli gab sich 5 Macho-Punkte und Peter Peyer eine 9 als Sänger. Marcus Caduff hingegen war sich absolut sicher, ein Top-Autofahrer zu sein, «10, keine Frage», meinte er augenzwinkernd. Ausserdem wurde gelacht, als Christian Rathgeb sagte, er würde lieber Porsche als einen VW fahren, weil er schneller oder dynamischer sei. Oder bei Mario Cavigelli, als er sagte, wie er als Kind den Garten der Nachbarn für Geld gerecht habe und von den Eltern Schimpfe bekam, weil er dafür Geld verlangt hatte. Nicht verlegen zeigte sich SP-Kandidat Peter Peyer auf die Frage, mit welcher mächtigen Frau auf der Welt er am liebsten ein Mittag- oder Nachtessen einnehmen würde. Auf die in der ersten Reihe sitzende Nationalrätin Magdalena Martullo schielend, meinte er verschmitzt: «Ob Sie mitkommen will? Aber dann sage ich ihr dann das Nötigste.» Diesen Steilpass liess sich die vife Nationalrätin nicht nehmen und lud Peyer lachend ein. Die Einstiegsfrage, was Frauen besser können als Männer, machte Walter Schlegel etwas Mühe, aber er fing sich gut auf, indem er seiner Frau ein schönes Kompliment machte.

verschiedene Umsetzungen dieser Empfehlungen, obwohl bei richtiger Betrachtung eigentlich gar kein Spielraum bestehen würde.

Nicht viel anfangen mit der Kritik des Gewerbes, in Cazis werde eine Strafanstalt für 120 Millionen Franken gebaut und damit Geld des Kantons verschleudert, konnte Christian Rathgeb. Im Ostschweizer Konkordat für den Strafvollzug fehlen sehr viele Plätze in geschlossenen Anstalten. «Weil wir ohnehin den Sennhof verlassen müssen, können wir ein grösseres Gefängnis bauen. 152 Plätze brauchen wir nicht für uns selber, sondern für ganz viele Kantone.» Bund und betroffene Kantone in der Ostschweiz finanzierten zu einem überwiegenden Teil den Bau und den Betrieb. Zudem könne der Kanton 80 zusätzliche Mitarbeiter einstellen.

Jon Domenic Parolini ist überzeugt, dass es für die Wirtschaft nötig sein werde, den Kanton mit Breitband zu erschliessen, um

Jon Domenic Parolini

«Digitalisierung ist ein Fakt. Es stellt sich nur die Frage, wie wir uns daran beteiligen.»

an der digitalisierten Welt teilhaben zu können. Der Markt der Anbieter funktioniert in Randregionen im Gegensatz zum Mittelland oder dem Churer Rheintal aber überhaupt nicht. Ziel des Kantons sei es, die Eigentümer der Breitbandleistungen so weit zu bringen, dass sie bereit seien, auch in den Regionen zu investieren. «Wer – ob Swisscom, Repower, RhB, lokale EWs etc. – dies ist unerheblich.» Die KMU müssten zu attraktiven Preisen über dieses Angebot verfügen können. Diese Vision gelte es nun umzusetzen und dafür sei ein Konzept in der Pipeline.



Volksnah: Für das Publikum gab es nicht nur einiges zu lachen, auch Fragen an die Politiker waren sehr erwünscht.

Die Herausforderer reagieren

«Das grösste Risiko des Kantons ist der Klimawandel», wurde Peter Peyer zitiert, und er liess sich diese Aussage auch nicht klein machen. Alle anderen Herausforderungen, die auf den Kanton zukämen, so namentlich auch die Zerteilung in einen wirtschaftlich florierenden Teil und einen mit erheblichem Sand im Getriebe, seien zwar nicht von der Hand zu weisen, aber in

Mario Cavigelli

«Wenn wir sehen, was das Bundesparlament zur CO₂-Reduktion diskutiert, ist unsere Diskussion um das Energiegesetz lediglich das Morgenkaffeli.»

der Bedeutung niemals so herausragend. Marcus Caduff ist überzeugt, dass die Einwohner in den Regionen gleiche Chancen haben müssen wie in den Zentren. Ausbildungsmöglichkeiten, Schulangebote wie Mittelschulen oder eine angemessene Gesundheitsversorgung gehörten dazu. Er sieht die grösste Problematik aber in der Raumplanung. Selbst wenn wirtschaftlich benachteiligte Regionen für einen Aufschwung sorgen und Projekte realisieren möchten, stehe ihnen immer wieder die eidgenössische Raumplanung im Weg. Der Bund müsse Sonderzonen schaffen, wenn es ihm mit der Berggebietsförderung ernst sei. Gegenwärtig werde überall blockiert. Walter Schlegel sieht grosse Chancen im Bildungsstandort, eine HTW mit einem eigenen Campus, aber auch die Stärkung der Berufsbildung seien gefragt. Ohne Arbeit könne man in den Regionen kein Auskommen haben. Die Lebensbedingungen müssten so beschaffen sein, dass es sich lohne, in der Region zu bleiben.



Die ominöse Schlussfrage

Marco Barandun stellte am Schluss eine Frage an alle Kandidaten, die so treffend war, dass der Moderator nachher die Diskussion abbrach und zum Apéro einlud:

«Was dürfen wir von Ihnen in der nächsten Legislatur erwarten?»



Christian Rathgeb (01):

«Wir tun gut daran, uns dort, wo wir heute schon gut sind, noch zu verbessern und uns nicht auf Abenteuer einzulassen. Das ist im Tourismus so, aber auch im Gesundheitswesen.»



Mario Cavigelli (02):

«Die Politik muss gute Rahmenbedingungen schaffen, zum Beispiel regionale Zentren fördern, Verkehrserschliessungen verbessern, den Naturgefahrenschutz verdichten. Die unternehmerische Leistung überlassen wir den Unternehmern.»



Jon Domenic Parolini (03):

«Im Tourismus die Vernetzung und Kooperationen fördern. Die Ansiedlungen in Domat/Ems fortsetzen, weil wir dort grosses Potenzial haben. Den Hochschulbereich und die Innovationsstrategie müssen wir noch viel fokussierter auf unsere Unternehmen ausrichten.»



Walter Schlegel (04):

«Einfachere Verfahren einführen, Chancen wie das Leistungssportzentrum in Lenzerheide umsetzen. Und in den Schulen starke Impulse auslösen, die auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet sind. Von den 78 Millionen Franken Überschuss in diesem Jahr sollten wir 40 Millionen Franken auf die Seite legen für diese Aktivitäten.»



Marcus Caduff (05):

«Das Konzept der Inkubatoren in der Wirtschaftsförderung einsetzen. Dies wäre Erfolg versprechend, wie Beispiele anderer Kantone zeigen. In den Regionen würde ich von den Gemeinden regionale Industriezonen ausscheiden lassen, die mit Unterstützung des Kantons zu bewirtschaften sind.»



Peter Peyer (06):

«Viele neue Ideen sind heute in den Raum geworfen worden, wir müssen diese nur umsetzen, dafür setze ich mich ein.»

Graubünden steht vor grossen wirtschaftlichen Herausforderungen. Diese zu bewältigen, ist mit Bezug auf die Rahmenbedingungen Aufgabe von Regierung und Grosse Rat.

Für die Wahl in die Regierung steht ein bürgerliches 5er-Ticket zur Verfügung. Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden (Bündner Gewerbeverband, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden und Hotelleriesuisse Graubünden) haben in ihren Vorständen je für sich beschlossen, für die Wahlen in die Regierung zu empfehlen:

- ✓ **Dr. Mario Cavigelli, bisher, CVP**
- ✓ **Dr. Jon Domenic Parolini, bisher, BDP**
- ✓ **Dr. Christian Rathgeb, bisher, FDP**
- ✓ **Marcus Caduff, CVP**
- ✓ **Walter Schlegel, SVP**

Die fünf Kandidaten sind

- ✓ bürgernah
- ✓ wirtschaftsfreundlich
- ✓ führungserfahren
- ✓ lösungsorientiert
- ✓ überzeugend

Für die Wahl in den Grosse Rat empfehlen die Dachorganisationen der Wirtschaft, Kandidatinnen und Kandidaten aus den bürgerlichen Parteien zu wählen.

